Deutsches Reich.

Die Opferwilligen.

Die Leute aus dem Bunde der Landwirte verspüren plötzlich einen unstillbaren Drang nach Opferwilligkeit. Sie leisten sich diesen befremdlichen Luxus mit großartiger Unbekümmertheit, da es sich nicht etwa um Erbschaftssteuerprojekte und andere „Zerstörungen des germanischen Familiensinns" handelt, sondern um neue Massenbelastungen zugunsten des Rüstungseifers, um die neue Heeresvorlage, handelt. Die Deutsche Tageszeitung kann sich also mit ruhigem Gewissen den Spaß machen, mit Patriotismus zu protzen. Sie schreibt:

„In der Presse wird darüber gestritten, **wann** die neue Heeresvorlage dem Reichstage zugehen und **was** sie fordern werde. Der Streit ist müßig. Bestimmte und endgültige Beschlüsse sind, wie wir vernehmen, noch nicht gefaßt worden und werden auch aus naheliegenden Gründen vor dem Wiederzusammentritte des Bundesrats nicht gefaßt werden. Maßgebende Regierungskreise neigen allerdings der Auffassung zu, daß es zweckmäßiger sei, die Vorlage noch dem jetzigen Reichstage zugehen zu lassen. Darüber wird man verschiedener Meinung sein können. Wir haben heute keine Veranlassung und auch keine Neigung, die Frage grundsätzlich und eingehend zu erörtern. Was aber den Umfang der Heeresvorlage anlangt, so wird man nicht fehl gehen, wenn man der Vermutung Ausdruck gibt, daß die maßgebenden Stellen sich darauf beschränken werden, das zu fordern, was **unbedingt notwendig** ist. Auch das ist ziemlich sicher, daß die Mehrforderungen nicht sofort sämtlich in Erscheinung treten, sondern, wie es auch bei der letzten Heeresvorlage der Fall war, nach und nach, im Zeitraume des Jahrfünfts, für das die Vorlage die Stärkeverhältnisse des Heeres regelt. Es liegt also durchaus kein Grund vor, sich über die Vorlage als solche, ihren Umfang und den Zeitpunkt ihrer Einbringung besonders aufzuregen. Man darf zu der jetzigen Regierung das Vertrauen haben, daß sie das Notwendige unbedingt fordern, sich aber auch darauf beschränken werde. Für diese notwendigen Forderungen wird sie **unzweifelhaft eine Mehrheit im Reichstage** finden; **andernfalls kann sie mit gutem Gewissen an das Volk appellieren.**"

Das Vertrauen des Oertelblattes zu der jetzigen Regierung ist wahrhaft rührend. Trotzdem wird sie sich hüten, dem freundschaftlichen Rate zu folgen, wegen besagter „notwendiger" Forderungen an das Volk zu appellieren. Sollte sie aber trotzdem den Mut verspüren, wegen umfangreicher Mehrforderungen in Verbindung mit neuen Steuerforderungen den Reichstag nach Hause zu schicken, mag sie getrost das Tänzchen wagen: wir werden nicht versäumen, ihr dazu aufzuspielen.

Zur Frage der Schiffahrtsabgaben.

Der Verein Hamburger Reeder, in dem der Generaldirektor Ballin entscheidenden Einfluß ausübt, äußert in seinem letzten Jahresbericht zur Frage der Einführung von Schiffahrtsabgaben: „Da trotz aller gegenteiligen Erklärungen der österreichischen Regierung nach der bisherigen Entwicklung der Angelegenheit damit gerechnet werden muß, daß auch eine Abänderung des zwischen dem Norddeutschen Bund und Oesterreich am 22. Juli 1870 geschlossenen Vertrags erfolgt, so liegt für Handel und Verkehr die wenig erfreuliche Notwendigkeit vor, sich mit der in absehbarer Zeit erfolgenden Einführung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe vertraut zu machen. Leider kann auch unter Berücksichtigung der Bestimmungen des neuen Entwurfs nicht behauptet werden, daß der Verkehr durch die Einführung der Abgaben bestimmt eine Förderung erfahren wird. Namentlich vermissen wir einen ausreichenden Nachweis über den erwarteten wirtschaftlichen Nutzen der geplanten Strombesserungen und dessen Verhältnis zu der Höhe der in Aussicht genommenen Abgaben. Erst wenn es sicher ist, daß jener Nutzen die Belastung durch die Abgaben übertrifft, kann von einer verkehrsfördernden Wirkung des ganzen Plans gesprochen werden. Da hierfür keine auch nur einigermaßen eingehende Berechnung vorliegt, muß die Einführung von Schiffahrtsabgaben als ein gewagter Versuch bezeichnet werden."

Die Trauer um ein „Opfer".

Der Möglichkeit, den Abg. Bassermann aus dem Reichstag scheiden zu sehen, kann sich eine Zuschrift „aus den Kreisen der nationalliberalen Partei" an die Kölnische Zeitung „nicht länger verschließen". Die Zuschrift gibt dem Unwillen Ausdruck, daß Bassermann „nicht etwa aus Gesundheitsrücksichten" sich zurückzieht, sondern daß er „unter einem äußern politischen Druck seinen Platz räume, weil dem rechten Flügel der Partei seine Anschauungen zu radikal seien und weil sich kein sicherer Reichstagssitz für ihn finden lasse".

„Jedenfalls — schließt die Zuschrift an die Kölnische Zeitung — wäre das Ausscheiden Bassermanns ein Ereignis in der Geschichte der nationalliberalen Partei, über das man sich nicht so ohne weiteres stillschweigend hinwegsetzen könnte. Die Wähler werden mit Recht verlangen, daß man ihnen ausreichende Erklärungen gibt und daß man ein solches Ereignis sich nicht im Lichte einer Zweideutigkeit vollziehen läßt, die für die Zukunft der Partei verhängnisvoll werden könnte. Ist es wahr, daß man Bassermann auf dem Altare der Parteieinheit opfern will, oder auch nur, daß keiner seiner Fraktionsgenossen bereit sei, dem Führer auf seinem Reichstagssitze Platz zu machen, so werden die Wähler und die Oeffentlichkeit das Bedürfnis haben, darüber ein Wort mitzureden, ebenso wie es ihr Recht ist, darüber aufgeklärt zu werden, ob Bassermann, mit dem sie im Laufe der Jahre doch auch persönliche Fühlung genommen haben, wirklich so krank ist, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehen muß."

Die badische Nationalliberale Korrespondenz spricht von einem „Kesseltreiben widerlichster Art" gegen den Abg. Bassermann.

Das Klagelied um das Opfer wird die Nationalliberalen, die einen unwiderstehlichen Drang nach rechts in ihrem unentwegten Busen brennen fühlen, nicht etwa veranlassen, den Mannheimer Rechtsanwalt und Stadtrat, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie und Prototyp nationalliberaler „Unentwegtheit" im Triumphzuge zurückzuholen.

Preußische Sparsamkeit.

Zu den Ausgaben Preußens, die sich fortgesetzt in aufsteigender Linie bewegen, gehören die für Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinsignien. In dem Zeitraume von 1905 bis 1908 haben folgende Ueberschreitungen dieses Haushaltspostens stattgefunden: 98 000 M., 166 000 M., 161 000 M., 137 000 M. Nach einer im Rechnungsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses abgegebenen Erklärung des Rechnungskommissars soll der Posten im Haushaltplan für 1911 noch erheblich erhöht werden.

Dazu äußert in der rechts-nationalliberalen Rheinisch-Westfälischen Zeitung ein Diplomat, jene hohen Ausgaben seien darauf zurückzuführen, daß immer mehr Orden mit Brillanten verliehen werden. Der Diplomat belegt das mit Beispielen und fährt dann fort:

„Statt ohne weitere Prüfung die Ueberschreitungen im Etat zu billigen, sollte das Abgeordnetenhaus bei der nächsten Inanspruchnahme eine Uebersicht der in den letzten Jahren verliehenen Brillantorden verlangen. Es würde sich dann ergeben, daß auch hier eine vernünftige Sparsamkeit das Uebel beseitigen würde. Nach wie vor könnten die Tausende, die eine Füllung ihres Knopfloches sehnsüchtig erwarten, befriedigt werden, aber **kostbare Geschenke auf Kosten des Volkes sollten ganz besonders in jetziger Zeit, wo man nicht einmal die Mittel für invalide Krieger aufzutreiben weiß,** unterbleiben. Die preußischen Minister, die für diese Verleihungen die formelle Verantwortung tragen, sollten hier um so mehr Wandel schaffen, als sie Gefahr laufen, in den Ruf zu kommen: sie begünstigten solche Verleihungen, weil denn doch im natürlichen Laufe der Dinge auch an sie einmal die Reihe kommen könnte."

Der Diplomat ist wenigstens offenherzig. Aber es wird wenig nützen. Jeder normale Untertane fühlt sich sittlich berechtigt, „auch einmal an die Reihe zu kommen". Das Ordens-Kinderspielzeug wird ja von den Steuerzahlern bezahlt.

Ein vielseitiger Herr.

An der Spitze der hakatistischen Bewegung in Schleswig-Holstein steht der Landgerichtsrat Dr. Hahn, dessen politische Tätigkeit schon mehrmals Anlaß zu Angriffen bot. Jedenfalls kann das Vertrauen zur deutschen Rechtspflege nicht sonderlich befestigt werden, wenn sich ein Richter an die Spitze der Hetze gegen die Dänen stellt. Landgerichtsrat Hahn ist außerdem ein Mann von geradezu beispielloser Vielseitigkeit. Wie der Berliner Volkszeitung geschrieben wird, stellte ein Demokrat in einer Versammlung in Flensburg fest, daß der Landgerichtsrat Dr. Hahn-Flensburg eingeschriebenes Mitglied der **nationalliberalen** Partei, der **freikonservativen** und der **deutsch-sozialen** Partei sei; ferner des **Bundes der Landwirte, des Alldeutschen Verbandes** und des **Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.** Dr. Hahn ist zugleich der Vorsitzende und Hauptagitator des hakatistischen Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig, der angeblich parteilos sein soll, in Wirklichkeit aber stockreaktionär ist und immer nur konservative Kandidaturen unterstützt. Es war jener Dr. Hahn, für dessen Wahl der freisinnige Verein Apenrade bei der Landtagswahl 1908 öffentlich eintrat, und für die kommende Reichstagswahl hat der freisinnige Verein Apenrade beschlossen, wieder die Kandidatur Hahns für den Wahlkreis Hadersleben-Sonderburg gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen. Dr. Hahn kandidierte schon 1906 und 1907 in Hadersleben-Sonderburg, und zwar für die nationalliberale, und bei der Landtagswahl 1908 in Sonderburg-Apenrade für die freikonservative Partei.

Wahrscheinlich wird es dem Vielseitigen schwere Arbeit kosten, sich zu rechter Zeit darauf zu besinnen, was für „Ueberzeugungen" für den gegebenen Augenblick er eigentlich zu vertreten hat . . .

Aufhebung der Gebühren für ausländische Tabakrechnungen.

Nach einer der Süddeutschen Tabakzeitung zugegangenen Mitteilung beabsichtigt die Reichsregierung die Gebührenerhebung für ausländische Tabakrechnungen am 1. September d. J. außer Kraft zu setzen.

Noch ein Opfer der Kieler Woche? Der ultramontanen Augsburger Post-Zeitung wird aus Berlin gemeldet, daß zwischen dem Schatzsekretär Bermuth und dem Staatssekretär v. Tirpitz ein erbitterter Kampf wegen der Etataufstellung ausgebrochen sei. Bermuth habe einen starken Rückhalt am Kaiser und auch am Reichskanzler. Auffällig sei es auch gewesen, daß „v. Tirpitz bei seiner Anwesenheit in Kiel vom Kaiser „recht kurz" behandelt worden sei. Das ultramontane Blatt läßt durchblicken, daß die Tage der Amtstätigkeit des Herrn v. Tirpitz gezählt seien.

Die Privatbeamten-Versicherung. Wie die Post erfahren haben will, soll dem Reichstag zu Weihnachten die Vorlage über die Versicherung der Privatbeamten zugehen. Zweifelhaft ist jedoch, ob es möglich sein wird, die Vorlage noch in dieser Session zu erledigen; denn der Arbeitsstoff, der vom Reichstag noch aufgearbeitet werden soll, ist außergewöhnlich umfangreich. Es sei nur an die Reichsversicherung und an die neue Strafprozeßordnung erinnert, auf deren Zustandekommen natürlich allgemein großer Wert gelegt wird.

Der bayrische Landtag hat am Donnerstag für die Einführung des elektrischen Betriebes auf den bayrischen Staatsbahnen eine zweite Rate von 6 Millionen Mark genehmigt. Die elektrische Kraft wird durch den Ausbau der Wasserkräfte des Walchensees gewonnen werden. Die ganze Einführung des geplanten elektrischen Betriebes auf den bayrischen Staatseisenbahnen kommt nach der Aeußerung des Ministers auf rund 81 700 000 M. zu stehen. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer hat einen von der Regierung beantragten Zuschlag von 22 Prozent zu den direkten Steuern für die laufende Finanzperiode genehmigt.

Kleine politische Nachrichten. Aus Corfu wird gemeldet, daß eine Kompagnie griechischer Reservisten aus Kefalonia mit Revolvern und Dolchen bewaffnet sich eines Dampfers bemächtigte und den Kapitän zwang, sie nach der Heimat zurückzubefördern. Der Präfekt und die Offiziere, die gegen die Meuternden einschreiten wollten, wurden mit dem Tode bedroht. — Bisher wurden 40 Mitglieder des türkischen Geheimkomitees verhaftet. Das Komitee, dessen Existenz der Türkei schon seit mehreren Monaten bekannt war, besteht aus zirka 200 Mitgliedern, wovon ein Teil im Auslande sich befindet. Zur Besorgung der Botschaften des Geheimkomitees wurden meistens türkische Frauen verwendet. — Auf der ganzen Bahnstrecke der Amnybahn streiken alle Arbeiter aus Mangel an Mitteln. Generalgouverneur Kosow konnte trotz aller Drohungen nichts ausrichten. Die Arbeiter machen den Eindruck Halbverhungerter und verlassen massenhaft das Amurgebiet. — In Honduras ist eine Revolution ausgebrochen. Die Regierung verkündet das Kriegsrecht. Es herrscht strenge Zensur. — Nach einem amtlichen Telegramm aus Macao sind die portugiesischen Truppen nunmehr Herren der gesamten Insel Colowan. Sie haben 16 Personen aus der Gefangenschaft befreit und 44 Piraten gefangen genommen. Es werden 100 Europäer als Garnison dort zurückgelassen. — Aus Kalkutta wird gemeldet: Die Nachforschung nach verborgenen Waffen wird von der Polizeibehörde weiter fortgesetzt. Bei einer in einem Hause von Nordkalkutta vorgenommenen unvermuteten Durchsuchung wurden Revolver, Kisten mit Gewehren und Patronen gefunden. Die Bewohner, zwei junge Bengalen, entkamen. Ein besonderer Gerichtshof ist nunmehr mit der Führung des Prozesses gegen dreizehn angesehene Bengalen aus Khulna beauftragt worden, die beschuldigt werden, zum Kriege gegen den König aufgereizt zu haben. Der Gerichtshof wird sich später mit einem Prozeß gegen 45 andere Personen zu befassen haben, unter denen sich einige reiche und angesehene Männer befinden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Adreßdebatte.

Budapest, 21. Juli. Ministerpräsident Khuen-Hedervary hielt am Schlusse der Adreßdebatte im Abgeordnetenhause eine Rede, in der er die Adresse gegen die Angriffe der Opposition verteidigte. Der Ministerpräsident bemerkte gegenüber dem Vorwurf, eine Politik der Entsagung zu betreiben und ein Einvernehmen zwischen Krone und Nation durch Verzicht auf alle nationalen Bestrebungen herzustellen, daß die Grundlage dieses Einvernehmens die aufrichtige und rückhaltlose Anerkennung des Ausgleichgesetzes sei, während die Kossuthpartei, als sie an der Spitze der Regierung gewesen sei, sich nur mit allerlei Vorbehalten zum Dualismus bequemt habe. Die Regierungspartei habe niemals den Wählern eine Zusicherung bezüglich irgendwelcher nationaler Errungenschaften gemacht. Was die Erhöhung der Armeelasten betreffe, so müsse Ungarn seine Wehrmacht im Verhältnis zu der der anderen Großmächte entwickeln. Ueber die Wahlreform sagte der Ministerpräsident, er selbst vertrete eine sehr liberale Auffassung und halte eine weitergehende Lösung für das Land nicht für gefährlich. Andererseits müsse man auch jener gutgläubigen pessimistischen Auffassung Rechnung tragen, welche üble Folgen von einer zu ausgedehnten Wahlreform befürchte. Man müsse jetzt einen größeren Schritt machen, da man versäumt habe, von Stufe zu Stufe fortzuschreiten. Zu den Beschwerden über Wahlmißbräuche solle die geschlagene Partei Einkehr halten und zugeben, daß die öffentliche Meinung sich von ihr abgewendet habe, so wie er selbst bescheiden eingestehe, daß der Sieg der Regierungspartei nicht so sehr der Begeisterung für sein Programm zu danken, sondern auf die große Unzufriedenheit und Enttäuschung zurückzuführen sei, die das Koalitionsregime erweckt habe.

Frankreich.

Zum Eisenbahnerkampf.

Paris, 21. Juli. Abermals fand hier eine stürmische Versammlung von Angestellten der Staatsbahn statt, die zum Schluß den Wunsch nach baldiger Verkündung des Generalstreiks aussprach und heftige Drohungen gegen die unsicheren Elemente, gegen die Regierung und gegen die Bahngesellschaften ausstieß. In Rücksicht auf den möglichen Ausstand der Eisenbahner haben die Offiziere des in Versailles liegenden 5. Genie-Regiments Mobilmachungsbefehle empfangen. Seit zwei Tagen üben die Mannschaften Bahndienst. In den Hauptbahnhöfen sind dauernd militärische Abteilungen stationiert worden.

Balkan.

Jungtürkische Grausamkeiten.

Sofia, 21. Juli. Die Suche nach Waffen bei den mazedonischen Bulgarien dauert bereits seit Sonnabend an und wird mit der größten Brutalität durchgeführt. Die türkischen Behörden begnügen sich nicht mit den freiwillig abgelieferten Waffen, sondern verlangen immer noch mehr. Die Bastonade spielt eine oft angewandte Rolle. Ihr werden unterschiedslos Männer, Frauen und Kinder unterzogen. Einige Leute sollen infolge der Mißhandlungen im Sterben liegen.

Albanien.

Uesküb, 21. Juli. Der starken Bandenbewegungen halber ging ein Extrazug mit Militär von Verisovits nach Koeprulu und Istib ab. Die scharfe Bewachung des Bahnkörpers, besonders der Tunnels und Brücken, auf allen Strecken beweist den Ernst der Situation.

Rußland.

Die Arbeiterbewegung marschiert.

Petersburg, 21. Juli. Die Parteiorganisationen in Russisch-Polen sind gegenwärtig mit den Vorarbeiten zu der bevorstehenden Konferenz der S. D. P. u. L. beschäftigt, die vor der geplanten allrussischen Parteikonferenz stattfinden soll. Die Tagesordnung der Konferenz unserer polnischen Genossen enthält folgende Punkte: Organisation und Agitation. Ausnutzung der legalen Möglichkeiten in den Gewerkschaften, den kulturellen und Bildungsinstitutionen, den Genossenschaften. Die Tätigkeit der Partei in Verbindung mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion. Die Situation in der Gesamtpartei. Die allrussische Parteikonferenz.

Alle diese Punkte wurden in den Rayonkonferenzen sehr lebhaft diskutiert. Es war namentlich die Frage über die legale Gewerkschaftsbewegung, die die Genossen beschäftigte. Schon der letzte sechste Kongreß der S. D. P. u. L. zu Ende 1908 hatte den Beschluß gefaßt, daß man zur Legalisation der Gewerkschaften schreiten müsse, wenn die Bedingungen der Arbeiterbewegung günstiger werden würden. Diese Voraussetzungen waren schon Ende vorigen Jahres vorhanden. Zu dem macht sich, wie die Rayonkonferenzen konstatieren, in letzter Zeit ein Zufluß der Arbeiter zu den Parteiorganisationen in verstärktem Maße bemerkbar. Die Zahl der Rayons wird allerorts verstärkt, das Parteiorgan Die rote Fahne wird in einer größeren Anzahl von Exemplaren verkauft usw.

Zu gleicher Zeit macht sich auch eine Belebung des Gewerkschaftskampfes bemerkbar. Das Lodzer Parteikomitee verbreitete einen Aufruf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit in der Fabrik von Ponarski, einer der größten Lodzer Firmen, die 1907 die bekannte große Aussperrung einleitete. Die schon proklamierte Verlängerung der Arbeitszeit wurde dank dem Widerstand der Arbeiter rückgängig gemacht. Der Warschauer illegale sozialdemokratische Bäckerverband verbreitete einen Aufruf gegen die „christlichen" Streikbrecher, die den streikenden jüdischen Bäckern in den Rücken fielen. Der Aufruf und die Agitation des Verbandes erwiesen sich für die jüdischen Arbeiter als eine wirksame Unterstützung. Trotz der Verhaftungen verläuft der Streik ziemlich günstig. Unter den Warschauer Schuhmachern ist eine Streikbewegung im Gange. Die illegale s.-d. Schuhmacherorganisation veröffentlichte einen Aufruf mit detaillierten Lohnforderungen, die von den Streikenden aufrecht erhalten werden.

Persien.

Innere Krisen.

Teheran, 21. Juli. Seit der Ermordung Seid Abdullahs ist der Basar immer noch geschlossen; heute wurden auch die Teehäuser geschlossen. Geistliche und Kaufleute wollen bei der russischen Gesandtschaft Schutz suchen, als Protest dagegen, daß die Regierung den Mörder nicht findet. Sie behaupten, man wolle ihn nicht finden. Man befürchtet Unruhen, doch ist die Polizei vorbereitet.

Teheran, 21. Juli. In Hamadan sind große Unruhen ausgebrochen. Muschteid Scheich ist ermordet worden.

Weitere Preßstimmen zur badischen Budgetbewilligung.

Die Mannheimer Volksstimme

veröffentlicht folgende Zuschrift, die zweifellos von einem badischen Landtagsabgeordneten herrührt:

„Die Debatte über die Budgetabstimmung der badischen Landtagsfraktion hat im allgemeinen viel ruhiger eingesetzt, als es vor zwei Jahren der Fall war. Es ist dies im Parteiinteresse nur zu begrüßen. Festgestellt muß jedoch werden, daß das Vorwärts und auch andere Parteiblätter die Begründung, welche von Baden aus gegeben wird, beiseite schieben und der Abstimmung oft falsche Motive unterlegen. Das erste ist, daß sich die Fraktion durch die Worte des